

trolle und Öffentlichkeit einen Weg finden, wo wir Transparenz unserer Tätigkeit auch in die Öffentlichkeit einbringen.

Und ich möchte zu einem dritten Problem ganz kurz etwas sagen: Wir sprechen uns wirklich dagegen aus, daß Unrecht, was Bürgern in diesem Lande, Leid und Unrecht, durch Angehörige von Schutz- und Sicherheitsorganen ange-tan wurde, jetzt mit neuem Unrecht und mit neuem Leid getilgt wird, nämlich gegen diese Angehörigen. Das, glaube ich, kann keine Lösung sein. Wir müssen heute auch zusammenstehen, und dazu gehört auch wirklich Solidarität. Und ich glaube, das ist auch für unsere Partei eine wichtige inhaltliche Seite des Wahlkampfes. Wir werden doch auch daran als Partei gemessen, wie wir mit Genossen unserer Partei aus dem Apparat und auch mit Beauftragten des Staates umgehen. Keiner wird uns wählen, wenn wir sie auf die Straße setzen. Also ich glaube, danach werden wir gemessen, und das sollten wir dann auch in unseren Programmdiskussionen durchdenken. Also sollten wir uns auch einen einheitlichen Standpunkt verschaffen. Danke. *(Beifall)*

Wolfgang Berghofer: Es spricht Genosse Kanjora. Es bereitet sich bitte vor Genossin Gerlinde Schiele, Frankfurt (Oder). Falls ich hier mal einen Namen falsch ausspreche, bitte ich mir das nachzusehen. Das liegt ganz einfach an der Schreibweise oder an meiner Leseweise. *(Heiterkeit)*

Dieter Kanjora: Liebe Genossen! Eine Frage, die mich stark bewegt, die hier auch schon mehrfach angesprochen wurde, aber sicher noch nicht in der Art, wie wir sie echt sehen müssen, und zwar ist das die Frage nach der Zukunft von den vielen Parteiarbeitern, wo es auch jetzt heute und hier an der Tagesordnung ist, ehemalige, jetzt von der Partei nicht mehr benötigte und beschäftigte Genossen wie eine heiße Kartoffel fallen zu lassen. Genau das passiert immer wieder. Das Recht, das wir jedem, der seine Leistung nicht bringt oder der in anderer Art seinen Aufgaben nicht nachkommt, zugestehen, das Recht des Arbeitsgesetzbuches, wird für unsere Genossen nicht in Anwendung gebracht. Das hat meines Erachtens mit den guten Traditionen der Solidarität untereinander nichts zu tun. Und manche Genossen sprechen es schon an: Einige Genossen kümmern sich darum, die Partei als solche kümmert sich nicht darum.

Zum zweiten, Genossen: Jeder kennt den Trend der Leipziger Demo. Die Gefahr, daß sie mißbraucht wird, ist akut. Deshalb möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Zusage der jetzigen Regierung, Leipzig helfen zu wollen, bei den Bürgern spürbar wird, damit sie merken, daß auch Leipzig und seine Bürger eine Zukunft haben.

Ich möchte hier bemerken, daß ich glaube, das Recht zu haben, das zu sagen. Ich komme nämlich selber aus Leipzig-Plagwitz, einem Stadtbezirk, der nicht mehr zu retten ist, der abgeschrieben ist.

Letztlich sei mir noch gestattet, zu der Organisationsmöglichkeit der Partei im Betrieb bzw. Wohngebiet etwas zu sagen. Grundsätzlich meine ich, Genossen, daß Thälmann ja die Richtigkeit der im Betrieb wirkenden Genossen nachgewiesen hat. Das bedeutet, daß auch dort, wo die Partei als Organisation aus dem